

Wir fragen den Magistrat: Können Sie nicht oder wollen Sie nicht?

Es ist nicht leicht zurzeit. Globale Krisen, damit verbundene Gesetzesvorhaben und Wortmonster wie „Kurzfristenergieversorgungsicherungsmaßnahmenverordnung“ belasten unseren privaten und beruflichen Alltag gewaltig.

Ohne Unterstützung durch die politisch Verantwortlichen werden wir diese Last nicht los. Die Energiepreise explodieren, die Inflation schießt durch die Decke. Wir brauchen gerade jetzt einen Magistrat, der versucht, den Beschäftigten diese Last von den Schultern zu nehmen.

Doch genau hieran mangelt es. Haushalt und Stellenplan lassen ebenso auf sich warten wie innovative Lösungen, um die aktuellen Belastungen für die Beschäftigten in den Griff zu bekommen. Dabei gibt es doch im Rahmen des dritten Entlastungspakets für Arbeitgeber:innen die Möglichkeit, zur Entlastung der Beschäftigten bis zu 3.000 Euro auszuzahlen.

Als das Organ, das die Gesamtverantwortung für die städtischen Beschäftigten und die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin trägt, drückt sich der Magistrat vor diesen Entscheidungen. Aus gutem Grund werden in einigen Privatunternehmen bereits bis zu 3.000 Euro ausgezahlt.

Es entsteht der Eindruck, die Bedürfnisse der Beschäftigten finden im Magistrat weder Fürsprache noch Gehör. Die Kolleg:innen sollen von zuhause aus arbeiten, doch mangelnde IT-Infrastruktur hindert sie immer noch daran. Die Kolleg:innen möchten umwelt- und verkehrsfreundlich mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, doch ein vernünftiges Leasing-Angebot der Arbeitgeberin lässt auf sich warten. Die Kolleg:innen möchten in der Nähe ihres Arbeitsplatzes in der Stadt wohnen, können sich die Mietpreise ohne eine Ballungsraumzulage aber einfach nicht leisten. Hier macht der Magistrat seinen Job nicht!

Wir, liebe Kolleg:innen, lassen uns nicht damit vertrösten, dass die nächste Tarifrunde die notwendige Lohnerhöhung schon bringen wird. Wir wollen die verdiente Anerkennung für die Leistung, die wir jeden Tag für unsere Arbeitgeberin bringen. Konkret heißt das, wir wollen wenigstens 150 steuerfreie Euro monatlich auf Grundlage des dritten Entlastungspakets. Das ist nicht zu viel verlangt!

Denn wer, wenn nicht wir, sorgt für Zuverlässigkeit und Stabilität in der Krise? Können wir denn nicht erwarten, dass der Magistrat das auch tut, indem er verhindert, dass sich die städtischen Beschäftigten entscheiden müssen, ob sie am Monatsende heizen oder Lebensmittel kaufen?

Wir städtische Beschäftigte wollen in dieser Stadt leben können, in der wir arbeiten. Gerade für die Kolleg:innen in den unteren und mittleren Entgeltgruppen ist daran überhaupt nicht zu denken. Hier ist Unterstützung bitter nötig!

Sehr geehrte Magistratsmitglieder, können Sie nicht oder wollen Sie nicht? Es ist höchste Zeit, Ideen und Pläne zu entwickeln, denn weder die Energiekrise noch die Klimakrise lassen sich aussitzen. Einen politischen Willen können wir aktuell nicht erkennen. So werden Sie Ihrer Verantwortung – vor allem den Beschäftigten der Stadtverwaltung gegenüber – nicht gerecht. Sie sind gemeinsam angetreten, um über Parteigrenzen hinaus Handlungsfähigkeit zu beweisen. Gemeinsam haben sie jetzt die Chance zu zeigen, was in Ihnen steckt!

Und, wenn Sie uns schon auf die Tarifverhandlungen vertrösten, sehr geehrte Magistratsmitglieder, nutzen Sie Ihre Verbindung zum Arbeitgeberverband, um unserer überfälligen Lohnerhöhung auch nachzukommen.

TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST

Wir zeigen schon vor der ersten Verhandlungsrunde, dass wir es ernst meinen!

Dafür gibt es den sogenannten Stärketest. Für den Stärketest werden Unterschriften in den Betrieben und Dienststellen gesammelt. Mit den Unterschriften machen wir deutlich: wir sind viele und stehen hinter den Forderungen für die Tarifrunde und sind auch zum Streik bereit.

Du willst mitmachen? Super! Dann wende dich an deine Vertrauensleute vor Ort oder deine Gewerkschaftssekretär:innen, Ferhat oder Franziska, und frage nach den Unterschriftenlisten. Und dann mach dich auf den Weg und frage viele deiner Kolleg:innen nach ihren Unterschriften.

Entweder kommst du am 13. Dezember 2022 mit den Unterschriftenlisten zur Mitgliederversammlung oder du gibst sie im ver.di Bezirk Frankfurt ab.

Der Stärketest geht noch bis zum 16. Dezember 2022.

Besuch uns auf



stadtmacht.de



@stadtmacht.verdi



@ver.di_stadtmacht



wer.die Stadt macht



Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst Mindestens 500 Euro mehr

Um 10,5 Prozent mindestens jedoch um 500 Euro müssen die Löhne nach der nächsten Tarifrunde steigen. Das ist sie, unsere Forderung für die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Diese Summe soll den Beschäftigten die Last der aktuellen Preisentwicklung von den Schultern nehmen sollen. Auch die Lebenshaltungskosten für Auszubildende, Studierende und Praktikant:innen haben ordentlich angezogen, weshalb diese nebst 200 Euro mehr im Monat eine unbefristete Übernahme garantiert bekommen sollen.

Eine starke Forderung, die wir erstmal durchsetzen müssen. Aber auch eine richtige Forderung, betrachtet man den anhaltenden Inflationsanstieg und die Entwicklung von Energie- und Lebensmittelpreisen. Für die Kolleg:innen im

öffentlichen Dienst ist dieser Lohnanstieg das Mindeste, was sie brauchen, um **ein vernünftiges Leben** führen zu können. Nicht wenige sind an einem Punkt angelangt, wo am Ende vom Geld noch zu viel Monat übrig ist. Das ist nicht nur menschenunwürdig, das ist gerade für den öffentlichen Dienst eine bodenlose Unverschämtheit.

Wer hat den Laden während der Coronapandemie am Laufen gehalten? Wer hat seine Gesundheit riskiert, um für die Frankfurter Stadtbevölkerung da zu sein? Das waren wir, die Kolleg:innen im öffentlichen Dienst! Und wer wird heute zur Solidarität ermahnt, wenn das Büro nur noch auf 19 Grad geheizt wird und der Arbeitsplatz alles andere als behaglich ist? Wieder wir!

Mehr Infos unter
zusammen-geht-mehr.verdi.de



TVöD Warnstreik 2020
Foto: Fototeam Hessen - Solveig Kollar-Eggert

Über Solidarität muss man uns nichts erzählen. Deshalb müssen wir auch gemeinsam hinter der Forderung in der anstehenden Tarifrunde stehen. Schließlich geht es darum, dass wir im öffentlichen Dienst endlich die Anerkennung erhalten, die unser Durchhalten würdigt. Mit mindestens 500 Euro mehr im Monat, die uns den Rücken stärken, um weiterhin einen großartigen Job für die Öffentlichkeit zu leisten.



Eingruppierung handwerkliche Tätigkeiten (HLT) KAV unterbricht die Verhandlungen kurz vor Abschluss

Kurz vor dem Ende der bereits drei Jahre andauernden Tarifverhandlungen hat der Kommunale Arbeitgeberverband Hessen (KAV Hessen) die Verhandlungen ausgesetzt. Der Grund: unsere Forderungen im Zuge der bevorstehenden Entgelt-Tarifrunde im TVöD und die damit zu erwartende finanzielle Belastung der Arbeitgeber:innen.

Das ist das Gegenteil von dem, was die Vertreter des KAV Hessen zu Beginn der Verhandlungen selbst betont haben. Es sollte keine Vermischung von „normaler“ Entgelttrunde und Eingruppierungsregelungen geben.

Für Frankfurt ein echter Schlag ins Gesicht der handwerklich tätigen Kolleg:innen. Und dazu noch ein Schlag der auch aus dem eigenen Haus kommt. Denn der Präsident des KAV Hessen ist unser Personaldezernent Dr. Bastian Bergerhoff.

31 Jahre unveränderte Eingruppierung scheinen für einen Personaldezernenten der hessischen Kommune mit dem größten ehemaligen Arbeiter:innenbereich noch nicht lange genug zu sein.



ver.di Vertrauensmann Klaus Henrich überreicht die HLT-Forderungen an Dr. Bastian Bergerhoff

Stellen wir uns nur einmal vor wir hätten der Politik die Möglichkeit verwehrt sich in den letzten 30 Jahren weiterzuentwickeln. Die SPD hätte keinen Regierungswechsel nach Helmut Kohl herbeigeführt, die CDU hätte nicht die erste Frau als langjährige Kanzlerin vorweisen können und die GRÜNEN wären keine Koalitionspartei in einer bundesdeutschen Regierung geworden.

Selbstverständlich haben sich die Tätigkeiten im handwerklichen Bereich ebenso stark verändert, was auch durch den Fachkräftemangel spürbar wird. Berufsfelder haben sich im Zuge der Technisierung und Digitalisierung stark gewandelt. Unsere Stadt sucht händeringend Fachkräfte und angelernte Kräfte.

Es stellt sich aber auch die Frage, wie viel sind die Kolleg:innen in den unteren und mittleren Entgeltgruppen unserer Arbeitgebermarke wert, wenn sie ihnen so wenig Wertschätzung entgegenbringt, obwohl sie jeden Tag ihr Bestes geben.

Die Konsequenz ist, dass wir unseren Unmut umso lauter bei der Tarifrunde auf die Straße tragen müssen. Nicht nur für 10,5 Prozent mindestens jedoch 500 Euro, sondern auch solidarisch für die handwerklich Beschäftigten und ihr Anrecht auf eine zeitgemäße Entgelttabelle!

NOCH
KEIN
MITGLIED?



Presserechtlich verantwortlich:
Ferhat Taysi, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Bezirk Frankfurt am Main und Region
Wilhelm-Leuschner-Straße 69, 60329 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 2569-1243, E-Mail: ferhat.taysi@verdi.de; www.verdi.de

